

Herr Präsident
Herren Regierungsräte
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Die Regierung beantragt im Voranschlag 2003 eine Erhöhung des ordentlichen Stellenplans um 40.5 Stellen und der Projektstellen um 53.95 Stellen. Eine deutliche Mehrheit der SVP-Fraktion fordert die sofortige Plafonierung des Gesamtpersonalbestandes.

In einem Schreiben der SRK an die LPK zum Finanzplan 2002 – 2006 vom 4.6.02 empfiehlt die SRK eine Plafonierung des Personalbestandes auf dem Stand 2001. Im weiteren seien die Personalkosten zu stabilisieren. Beim Studium des vorliegenden Antrags der SRK kommt mir spontan der Spruch von Konrad Adenauer in den Sinn: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern.“ Politik scheint in der Tat ein äusserst kurzlebigen und von grosser Vergesslichkeit geprägtes Geschäft zu sein.

Wir gehen nicht soweit, wie die SRK in mutigeren Tagen gefordert hat. Aber wir beantragen eine Reduktion des Gesamtstellenplans um 94.45 auf 12'914.17 Stellen bzw. eine Reduktion des ordentlichen Stellenplans auf 12'647.22 Stellen. Das entspricht dem Stand des Budgets 2002. Um den Stand 2001 zu erreichen, wäre gar eine Reduktion um weitere rund 32 Stellen notwendig.

Die linke Ratshälfte - und leider nicht nur sie! - hat innerlich sicher bereits aufgeschrien. Aber wir verlangen nichts Unmögliches. Die Reduktion um 94.45 Stellen entspricht 0.72% des Gesamtstellenplans!

Entlassungen sind also sicher nicht notwendig. Die Reduktion ist problemlos via natürliche Fluktuationen zu erreichen. Und ich kann Ihnen versichern, dass der Staat Aargau deswegen nicht untergehen wird. Im Gegenteil: Regierung und Verwaltung werden gefordert sein, ihre Hausaufgaben in Sachen ALÜP nicht nur mit Worten sondern endlich auch mit Taten in Angriff zu nehmen.

Wir haben letztes Jahr ein ausgeglichenes Budget beschlossen. Nichtsdestotrotz wird die Jahresrechnung 2002 wohl mit ca. Fr. 50 Mio. Verlust schliessen. Wir sind eben daran, ein weiteres mehr oder weniger ausgeglichenes Alibi-Budget zu beschliessen. Happige Nachtragskredite werden auch dieses Jahr zu roten Zahlen führen. Alles andere ist Augenwischerei.

Wir rufen alle noch bürgerlichen Kräfte in diesem Parlament auf, endlich Nägel mit Köpfen einzuschlagen. In den letzten 2 Jahren haben wir viel von Reduktion oder Stabilisierung der Staatsquote und von Haushaltsausgleich und Schuldenabbau gehört. Wann beginnen wir, nach sage und schreibe 12 roten Jahresrechnungen, endlich damit, den Worten Taten folgen zu lassen? Muss der Schuldenberg inkl. aller Altlasten wirklich die 3-Milliardengrenze überschreiten, bis wir endlich den Mut zu einschneidenden Massnahmen aufbringen? Kaum jemand will wahrhaben, dass die Defizite von heute die Schulden von morgen sind und dass dieser Schuldenberg unseren Investitionsspielraum immer drastischer einengt.

Die SVP-Fraktion macht sich keine Illusionen. Unter gütiger Mithilfe der FDP wird heute ein inakzeptables Budget beschossen werden. Wir nehmen dieses Resultat mit Gelassenheit hin. Aber wir werden in zukünftigen Wahlkämpfen der FDP den Spiegel hinhalten und ihre Taten an ihren Worten messen.

Die Mehrheit der Aargauer Stimmberechtigten hat ein bürgerliches Parlament und eine bürgerliche Politik gewollt. Was die FDP seit Beginn dieser Legislatur macht, ist ein Verrat an der bürgerlichen Wählerschaft. Denn es gibt keine Glaubwürdigkeit im Morast der Mitte. Die FDP täte gut daran, nicht mehr rechts zu blinken und dann permanent links abzubiegen. Es ist höchste Zeit, den Warnblinker zu stellen. Sonst landet die FDP dort, wo ihr Parteipräsident Herbert Scholl den TV Zofingen faktisch hingeführt hat, nämlich in der 2. Liga.

Wir befinden uns mittlerweile in der Halbzeit der laufenden Legislatur. Bald müssen wir aus bürgerlicher Sicht von einer verlorenen Legislatur sprechen. Die FDP wird die Verantwortung dafür übernehmen müssen.

21. Januar 2003

Gregor Biffiger
SVP-Grossrat